In dürftiger Zeit

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **103 (2009)**

Heft 1

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

: Noch ist die virtuelle Krise nicht überall real, noch ist die neoliberale Maschine im selben Schwung wie die staatliche Notenpresse. Kein Widerspruch zu klein, um nicht Teil dieser Krise zu sein. Und so gibt es auch kein linkes Blatt, das nicht sich rühmen konnte, mit seinen prophetischen Mahnungen Recht behalten zu haben. Und im letzten Spätherbst konnte man aus keiner innerlinken Diskussion herauskommen, ohne den impliziten Konsens mitzunehmen, dass die Linke aus der Krise wird Kapital schlagen müssen, automatisch oder historisch unabwendbar. Aber dann fehlte das Geld oder die politische Organisation, um das Land zuzupflastern mit Plakaten folgenden Inhalts: «Heraus, heraus auf den Paradeplatz! Wir tragen die Empörung auf die Strasse! Wir fordern 68 Milliarden für die Sozialwerke! JA für den Ausbau der AHV!» Und also verlor man mit fast 60% eine weitere richtungsweisende Abstimmung.

Schlechter geht's nicht mehr. Aber, wenn man's nur recht bedenkt, haben nur die verloren, die nicht begriffen haben, dass die sozialen Bedürfnisse aller Kleinaktionäre, die wir über unser Pensionskassen-Guthaben oder, nicht zu knapp, auch aus freien Stücken sind, gerade durch die 68 Milliarden an die UBS zur vollsten Zufriedenheit befriedigt worden sind. Bessere Sozialpolitik gibt's unter diesen Umständen nicht. Aber was ist dann noch linke Politik? Hansjörg Walter wählen anstatt Ueli Maurer? Vielleicht. Oder das Volk dort abholen, wohin es der Rechten in den letzten zwanzig Jahren gefolgt ist? Sicher ist sicher, heisst es dort auf jeden Fall. Und also kann man sagen: Wenn nicht Sicherheit im Sozialen, dann wenigstens auf «unseren» Strassen.

«Jetzt kommt die Raser-Initiative» triumphierte *20 minuten* am Dienstag nach der Abstimmung, *.ch* rief etwas genauer *«Notbremse! Jetzt kommt die Anti-Raser-Initiative»* und *News* hoffte mit etwas besseren Aussichten als die Gewerkschaften bei der AHV auf die Kraft der Empörung: *«Volkszorn gegen Raser nutzen»*. Und wo man das Volk nun ortet, wird sowohl moralisch verschleiert, wie auch offen ausgesprochen: *«Das Abstimmungswochenende hat die Initianten bestärkt: Die Leute wehren sich für unbeteiligte Opfer – mit einem Kampfhundeverbot in Zürich und mit der Annahme der Verjährungsinitiative.»* Wie wahr: Unbeteiligte Opfer sind alle, die sich nicht mehr beteiligen an der Verbesserung ihrer eigenen Lebensumstände, sondern an der Verschlechterung derjenigen der anderen. Besser die beteiligten Opfer der neoliberalen Aushöhlung der «Volks-Sittlichkeit», die Kampfhundebesitzer, die Sexualtäter und die Raser, im Gefängnis, als die noch unbeteiligten früher in Pension. Ausschaffungshaft, Gesetze gegen häusliche Gewalt, lebenslängliche Verwahrungen, Videoüberwachungen, Aussetzen der Verjährbarkeit usw. Strafen über Strafen! Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun? Aber die Initiantin der Verjährungsinitiative ist in der PdA gestartet und am Schluss bei den Rechten gelandet. In St.Gallen ist die Hardlinerin gegen MigrantInnen, Karin Keller-Sutter, die Architektin des von den progressiven Frauenorganisationen begrüssten Gesetzes gegen häusliche Gewalt. Und es ist die SP-Nationalrätin Bea Heim, die die *«Raser-Prävention auf Migranten ausrichten»* möchte. Das Sicherheitspapier der SP, das ebenfalls auf Verbrechen und Strafe setzt, stammt aus der der selben Küche (SP-Nationalrat Daniel Jositsch) wie die Raser-Initiative. Vielleicht sollten wir die linke Orientierungslosigkeit ernster nehmen als sie sich selbst. Es geht um Richtungskämpfe in der grössten linken Kraft der Schweiz. Wenn die Rechten gewinnen, dann wird linke Politik beim Rücktritt von Moritz Leuenberger wieder heissen: Hansjörg Walter wählen, um einen anderen zu verhindern, den man nicht wollen kann.

Rolf Bossart